



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der dänische Besuch am deutschen Kaiserhofe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sein Varetz der Doctor nahm,
Thät's vom Staube fegen.
An der Gartenthüre kam
Marthe ihm entgegen.
Ihr zur Seite aber schritt
Wie der Mond, der lichte,
Wenn er aus den Wolken tritt,
Gretchen, ihre Nichte.

Weil begossen mußte sein
Das gebleichte Leinen,
Ließ die Nachbarin allein
Faust mit ihrer Kleinen.
„Fräulein“, sprach er dienstbereit,
Darf ich's etwa wagen
Meinen Arm Euch und Geleit
Höflich anzutragen?“

Margarethe sprach nicht nein,
Senkte tief das Köpfchen.
Goldnen lag der Sonnenschein
Auf den blonden Zöpfchen.
Goldumflossen stand sie da
Zwischen Blumenbeeten. —
Doctor Faust rief „heureka!“
Und umschlang sein Gretchen.

„Solomonis Siegel“ sind, wohl dem Reim zu liebe, aus „Salomonis Schlüssel“ geworden, mit dem der Goethische Faust die Höllebrut beschwört. Im übrigen erinnert die Behandlung an Scheffels Doktor Faust in der „Maulbronner Fuge“: wie dort der blasse Nekromant in „des Silfingers Wonne“ das lange vergebens gesuchte echte Gold findet, so hier der Adept in Gretchens goldumflossenen Zöpfchen.

Der Verleger weiß, was er an dem Dichter hat. Das zeigt das feine Kleid, das er dem Büchlein gegeben, und das die Baumbachschen Lieder auch äußerlich von dem Gros unsrer Dugendlyrik in vortheilhafter Weise abhebt. Der Einband wird jedes Auge durch seine außergewöhnlich stilvolle Schönheit überraschen.

Der dänische Besuch am deutschen Kaiserhofe.

Auf den russischen Besuch am Berliner Hofe ist der dänische gefolgt, und wie jener offenbar ein Symbol schon erreichter oder doch erstrebter Wiederannäherung sein sollte, so scheint auch dieser ähnliche Bedeutung zu haben. Daß er mehr ist als ein gewöhnliches Zusammentreffen zweier Nachbarfürsten, ergibt sich bei einem Blick auf die Vergangenheit und wird wohl auch dadurch noch betont, daß der deutsche Kronprinz aus Italien herbeigeeilt war, um an der Begrüßung des Königs Christian theilzunehmen. Daß es dagegen nicht auf

eigentliche Verhandlungen und Abmachungen abgesehen sein konnte, ist selbstverständlich und wird überdies durch den Umstand konstatirt, daß der Fürst Bismarck zu der Entrevue nicht erschien. Gleichwohl wird dieselbe ihre Bedeutung behalten, und man wird nicht irrtgehen, wenn man sie entweder als Anfangs- oder als Endglied einer Kette von diplomatischen Ereignissen der letzten Zeit auffaßt, die noch mit Dunkel bedeckt sind, aber immerhin errathen lassen, daß sie zu den Erfolgen der stillen Arbeit gehören, mit der unser Reichskanzler den europäischen Frieden zu sichern bemüht ist, und die in dem Resultate seiner letzten Reise nach Wien bis zu einem gewissen Grade an den Tag trat.

Dänemark ist ein kleiner Staat, aber wir haben gesehen, was es dem noch nicht geeinten Deutschland jahrelang mit Hilfe uns ungünstiger Großmächte bieten und abtrogen konnte. Von den Töchtern des dänischen Königs ist die eine mit dem russischen, die andere mit dem englischen Thronfolger, eine dritte mit dem welfischen Prätendenten, dem starren Gegner der neuen Ordnung in Deutschland, vermählt, und wenn auch fürstliche Familienbände in unsern Tagen nicht mehr die Wichtigkeit für die Politik der betreffenden Staaten haben, die sie einst hatten, so sind sie deshalb noch keineswegs der Beachtung unwerth. Wissen wir doch zur Genüge, daß noch in der jüngsten Vergangenheit Kaiserinnen, Königinnen und Prinzessinnen sehr merklichen Einfluß auf die Entwicklung der politischen Angelegenheiten besaßen und sich dessen theils in einer uns vortheilhaften, theils, und zwar in den meisten Fällen, in einer uns ungünstigen Weise bedienten.

Blicken wir zurück auf die Stationen, die unser Verhältniß zu Dänemark in den letzten beiden Jahrzehnten durchlaufen hat. Gebrängt von den Kopenhagener Nationalliberalen verband König Christian Schleswig näher mit Dänemark, als es die Verträge gestatteten. Die Folge war ein Krieg, der mit dem Verluste des gesammten Herzogthums endigte. Darüber tiefster Groll unter den Dänen, dem nur ein schwacher Trost zur Seite trat, als in den Prager Frieden, der Schleswig mit Holstein an Preußen fallen ließ, auf Betreiben Frankreichs in Artikel V eine Klausel hineinkam, nach welcher durch Abstimmung der Nordschleswiger entschieden werden sollte, ob sie Preußen angehören oder zu Dänemark zurückkehren wollten. Dieser Trost war ein schwacher, obwohl auch russischerseits wiederholt und noch 1870 an die Erfüllung dieser unklaren Verbindlichkeit gemahnt wurde. Als der Nordschleswiger Kryger am 18. März 1867 im norddeutschen Reichstage an sie erinnerte, wurde ihm vom Bundeskanzler die Antwort zu Theil, nicht den Nordschleswigern, sondern nur dem Kaiser von Oesterreich stehe das Recht zu, eine Abstimmung zu verlangen. Ob einige dänisch redende Schleswiger zu Preußen gehörten oder nicht, daran liege wenig. Wo aber die Grenzen gesteckt werden sollten, werde Preußen nach seinem

Interesse bestimmen. Keinenfalls werde es so weit zurückgehen, um später Düppel noch einmal erstürmen zu müssen. Ferner heiße es im Vertrage nicht „der nördliche Distrikt“, sondern „die nördlichen Distrikte“, und diese könne man sich groß oder klein denken, wie man wolle; so groß jedoch, wie man sie sich in Kopenhagen vorstelle, würden sie wohl nicht ausfallen. Ueber den Zeitpunkt der Abstimmung sei im Friedensvertrage nichts festgesetzt, Preußen habe daher hierin eine gewisse Freiheit. Jedenfalls müßten vorher Verhandlungen mit dem dänischen Kabinet stattfinden, um einerseits Schutz für die in den betreffenden Gegenden wohnenden Deutschen zu schaffen, andererseits den Antheil an den Staatsschulden Schleswig-Holsteins zu bestimmen, welchen Dänemark bei einer Abtretung jener Distrikte zu übernehmen hätte.

Dabei blieb es. Oesterreich konnte aus guten Gründen ein Plebiszit nicht befürworten. Verhandlungen zwischen Berlin und Kopenhagen über die soeben erwähnten beiden Vorfragen wurden zwar preussischerseits eröffnet, verhiessen aber von vornherein wenig Erfolg. Die Einmischung französischer Deputirter und Journalisten in die Angelegenheit zeigte nur die Anmaßung des damaligen Frankreichs, konnte aber die Sache der Dänen selbstverständlich nicht fördern. Das Drängen und Schmähren der dänischen Presse, die die schleswigschen Deutschen als „Unkraut“ bezeichnete, das „auszurotten“ sei, mußte in Berlin nur als Warnung vor irgend welchen Zugeständnissen wirken. Von einer Linie Flensburg-Tondern, die dort verlangt wurde, konnte nicht die Rede sein. Düppel und Alsen mußten, gleichviel, ob dort Dänen oder Deutsche wohnten, aus strategischen Gründen bei Preußen verbleiben. Aber auch die Abtretung einiger weiter nördlich gelegenen Kreise war nur möglich, wenn hinsichtlich der hier angesiedelten Deutschen solche Bestimmungen getroffen wurden, daß dieselben vor der Beeinträchtigung ihrer nationalen Rechte einen Rückhalt an Preußen hatten. Die dänische Regierung erklärte, auf solche Bürgschaften nicht eingehen zu können, sie seien überflüssig, ja bedenklich. Preußen beharrte bei seinem Verlangen nach Garantien, indem es erklärte, nicht dazu habe es sich im Prager Frieden verpflichtet, daß es deutsche Gemeinden wieder deren Willen und mit Verlust jedes Anrechts auf ihre nationalen Eigenthümlichkeiten an ein fremdes Land abtrete und sie Gefahren preisgebe, deren Vorhandensein sie im Rückblick auf die Vergangenheit lebhaft befürchteten. Die dänische Regierung möge sich also erklären, was für Bürgschaften sie mit Rücksicht hierauf in individueller, lokaler und kommunaler Beziehung zu geben bereit sei. Von der Beantwortung dieser Frage „hänge der Umfang der beabsichtigten Abstimmung oder Abtretung ab“. In Kopenhagen ging man auf dieses Verlangen nicht ein, sondern ersuchte zunächst um nähere Erklärung in Betreff der preussischen Bedingungen.

Man schien die Sache hinausziehen und abwarten zu wollen, was Frank-

reich ausrichten würde, das beinahe gleichzeitig mit der dänischen Antwort in Berlin eine Depesche übergeben ließ, in welcher Moustier ein Recht der Einmischung daher ableiten wollte, daß der Artikel V des Prager Vertrags nicht durch Oesterreichs, sondern durch Frankreichs Einwirkung entstanden sei, und die Bemerkung folgen ließ, daß Dänemark die geforderten Garantien nicht geben könne, da sie der Keim ewigen Streites zwischen ihm und Preußen sein würden, weil letzteres dadurch Gelegenheit bekäme, sich fortwährend in die innern Angelegenheiten Dänemarks zu mischen. Es verstand sich von selbst, daß der Bundeskanzler dem preussischen Botschafter in Paris den Auftrag ertheilte, diese Vorstellungen in entschiedener Weise abzulehnen, und da das französische Kabinet daraus keine Kriegsfrage zu machen gewillt war, so mußte es sich und zugleich die erregte öffentliche Meinung beruhigen. Letzteres geschah durch eine Mittheilung im kleinen *Moniteur*, in der es hieß: „Es ist dem Berliner Kabinet keine Note übergeben worden, weder in der schleswischen Angelegenheit noch in Bezug auf eine andere Frage.“ Das war nur der Schein der Wahrheit; denn es handelte sich zwar nicht um eine Note, sondern um eine Depesche, und dieselbe war zwar nicht übergeben, aber vorgelesen worden.

Hierbei blieb es zunächst; denn von den weiteren Hekereien der Pariser Presse und dem „Verbrüderungsfezte zwischen Frankreich und Dänemark“, das am 12. August 1867 in Kopenhagen von Journalisten beider Länder mit Flaggenschmuck, Kanonendonner und hochtrabenden Reden gefeiert wurde, galt das Wort: „Viel Geschrei und wenig Wolle.“ Man sah dabei nur, daß die Regierungen, welche solche Demonstrationen duldeten, die Frage warm zu erhalten bemüht waren.

Auch im Jahre 1868 kam es über den Artikel V zwischen den Kabinetten von Berlin und Kopenhagen zu keiner Verständigung. Preußen hatte zwölf Garantiepunkte aufgestellt, die sich namentlich auf die Regelung der Kirchen- und Schulsprache, sowie auf das Recht der deutschen Bevölkerung in den etwa abzutretenden Distrikten bezogen, ihre Klagen in Berlin geltend zu machen, wenn man ihre Nationalität dänischerseits bedränge. Dänemark hatte daran allerlei auszusetzen, auch verlangte es von Preußen eine offene Erklärung hinsichtlich der Ausdehnung der Abtretungen südlich von der jütischen Grenze. Professor Larsen, der als technischer Beirath des dänischen Gesandten v. Quaade mit dem preussischen Bevollmächtigten Lothar Bucher über die Angelegenheit verhandelt hatte, brachte darauf zwei Depeschen nach Kopenhagen, in welchen Graf v. Bismarck seine Ansicht über jene Garantiepunkte deutlich präzisirte und für den Fall einer Einigung die Abtretung des Amtes Hadersleben bis zu der nördlich von Apenrade gelegenen Gjenner Bucht in Aussicht stellte. Am

Grenzboten IV. 1879. 56

9. März erwiederte das Kopenhagener Kabinet, diese Grenzlinie sei unannehmbar, dagegen werde man die Garantiepunkte annehmen, wenn Preußen die Linie gewähre, welche durch freie Abstimmung der Nordschleswiger als Wunsch der Bevölkerung bezeichnet werden würde. Hierdurch hoffte man das Herzogthum Schleswig bis Flensburg und damit die Insel Alsen und das Sundewitt wieder zu gewinnen. Darauf konnte sich Preußen aus militärischen Gründen nicht einlassen; denn diese Punkte waren bisher das Ausfallsthor der Dänen gewesen und würden immer wieder als solches benutzt worden sein, und so wurden die Unterhandlungen abgebrochen. Am 9. Oktober sagte die Thronrede bei Eröffnung des dänischen Reichstags, dieselben seien resultatlos geblieben; denn die Ansicht der Regierung über die von der Gerechtigkeit und dem Interesse des Landes geforderte Lösung habe sich nicht geändert. Wenn daran die Bemerkung geknüpft wurde: „Wir sind überzeugt, daß Preußen diese Erwägungen billigt, und wir glauben, daß die Lösung der die Theilung Schleswigs betreffenden Frage gelingen wird“, so war diese Ueberzeugung Täuschung, und der Glaube ruhte vermuthlich auf der Hoffnung auf französische Protektion, auf welche wiederholte Reisen Kaaslöfs, des dänischen Kriegsministers, eines grimmen Gegners der Deutschen, nach Paris hinwiesen. Die dortige Presse gerieth durch jenen Passus in der dänischen Thronrede wieder in Aerger, Zorn und heftiges Gekläff. Die Kreuzzeitung aber antwortete ihr und den Kopenhagener Schreibern: „Nie und nimmer wird und kann Preußen freiwillig auf die Position Düppel-Alsen, also auch auf Flensburg nicht, verzichten. Niemals ist unsrerseits an einen solchen Vergleich gedacht worden, niemals, hoffen wir, wird derselbe ernstlich von der dänischen Regierung verlangt werden. Sollte er aber doch gefordert werden, nun denn, so wird es sich um einen Kampf handeln auf Leben und Tod.“

Dabei hatte es sein Bewenden oder, wenn man will, vielmehr nicht. Wir haben inzwischen die Stellung Düppel-Alsen in eine starke Festung umgestaltet, wir haben uns eine Kriegsflotte geschaffen, die der dänischen bei weitem überlegen ist, wir haben alle Stämme Deutschlands unter einer Fahne geeinigt, und wir haben zu gleicher Zeit gezeigt, daß wir die Protektoren der Dänen in Paris nicht zu scheuen haben. Der Artikel V des Prager Friedensvertrags endlich existirt nicht mehr, denn der österreichisch-deutsche Vertrag vom 11. Oktober 1878 hat ihn für immer beseitigt. Noch einmal loberte der Unmuth der Dänen bei dieser Gelegenheit in den Kopenhagener Zeitungen auf, die Regierung Dänemarks aber wird gewußt haben, daß keine Hoffnung mehr war, und daß man sich mit Würde in den Gang der Dinge zu finden habe. Die Beziehungen des Hofes zu dem preußischen hatten schon vorher eine freundlichere Gestaltung angenommen, so daß der deutsche Kronprinz, von seinem Besuch in

Stockholm kommend, in Kopenhagen vorsprechen konnte und gute Aufnahme fand. Gewisse Schichten des Volkes, gewisse Parteien grollen uns noch, hoffen aber schwerlich gleich den Franzosen auf Revanche.

Die Minister müssen sich in Folge dessen in der Oeffentlichkeit hinsichtlich Deutschlands zweideutig oder vorsichtig ausdrücken. So sollte am 11. November d. J. der Kriegsminister Kaufmann im Folkething gesagt haben, bei dem Plane der Marine-Reorganisation sei auf Deutschland als den gefährlichsten Feind Dänemarks besondere Rücksicht genommen. Er will aber gesagt haben: „Will man ein Programm aus dem Vertheidigungsplane herauslesen — ich sage ausdrücklich, daß keins hineingelegt ist —, so wäre es das folgende: Unser südlicher Nachbar ist unser überlegener Feind zu Lande und zur See. Er ist zugleich unser gefährlichster Feind; denn er kann schnell zu uns kommen und uns überraschen. Ziehen wir aber in Betracht, daß niemand für uns ein so werthvoller Verbündeter sein kann wie Deutschland, so spricht alles dafür, daß wir endlich suchen müssen, ein freundschaftliches Verhältniß mit diesem unsern südlichen Nachbar anzuknüpfen.“

Das wäre, dünkt uns, ein recht vernünftiges Programm, und — mit Verlaub, Excellenz — am Ende läge so 'was doch in dem Plane.

Literatur.

Registrande der geographisch-statistischen Abtheilung des Großen Generalstabs. Neunter Jahrgang. Berlin, Mittler & Sohn, 1879.

Gleich den früheren Jahrgängen enthält auch dieser auf seinen 574 Seiten ein außerordentlich reichhaltiges Material von Quellenachweisen, Auszügen und Besprechungen neuer Bücher und Berichte auf dem Gebiete der Länder- und Völkerkunde, der Kartographie und Statistik. Von besonderem Interesse sind die Mittheilungen über die gegenwärtigen Verhältnisse der verschiedenen Armeen, und da hierunter jetzt die der russischen die erste Stelle einnehmen, so geben wir als Probe für jene Reichhaltigkeit Einiges von dem, was die Registrande hierüber auf den Seiten 534 bis 553 bringt. Zu Anfang des November 1876, vor Eintritt der Mobilmachung, zählte das Heer Rußlands 27 688 Offiziere, 829 688 Mann und 126 426 Pferde; am 1. Januar 1877 war diese Stärke auf 32 312 Offiziere, 1 159 366 Mann und 229 343 Pferde gestiegen, wovon 2 529 Offiziere, 87 765 Mann und 50 837 Pferde auf die irregulären entfielen. Dies war das Ergebniß der ersten, nur theilweise erfolgten Mobilmachung. Nun